

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 5/2010

20. Mai 2010

Sehr weitreichende Entscheidungen für Österreich und Europa hat der Nationalrat in dieser Woche getroffen. Es geht um die Sicherung unserer Finanzen und damit um die Stabilität Österreichs in den kommenden Jahren. Hier eine Zusammenfassung.

Euro stabilisieren, Sparguthaben sichern, Europa stärken

Selten zuvor hat ein Beschluss des Nationalrats so viel Tragweite gehabt. Der Nationalrat hat Österreichs Beteiligung an der Griechenland-Hilfe und am bis zu 750 Milliarden Euro schweren "Schutzpaket" für unsere Gemeinschaftswährung Euro zugestimmt.

- Griechenland bekommt in den kommenden drei Jahren Kredite im Ausmaß von 110 Milliarden Euro. Davon kommen 2,3 Milliarden Euro aus Österreich.
- Zur Stabilisierung unserer Währung spannen die Euro-Länder gemeinsam einen bis zu 750 Milliarden Euro schweren "Schutzschirm". 440 Milliarden Euro werden über einen EU-Fonds aufgebracht, für den die Mitgliedsländer haften. Österreichs Anteil beträgt bis zu 15 Milliarden Euro. Der Rest kommt vom Internationalen Währungsfonds (250 Milliarden Euro) und aus dem EU-Budget (60 Milliarden Euro). Für Österreichs Beitrag wird kein zusätzliches Geld in die Hand genommen. Der Haftungsrahmen von maximal 15 Milliarden Euro wird aus dem Bankenpaket umgeschichtet.

Österreich nimmt damit also viel Geld in die Hand. Wir tun das aber in der Gewissheit, dass wir damit den Zusammenhalt in Europa sichern, den Euro stärken und die Sparguthaben unserer Bürger sichern. Darauf habe ich auch in meiner Rede vor dem Nationalratsplenium hingewiesen. Bei dieser Gelegenheit habe ich neuerlich bekräftigt, dass eine Finanztransaktionssteuer notwendig ist - einerseits um die Finanzmärkte zu zügeln und andererseits, um neue Einnahmen zu lukrieren.

Budgetplanung bis 2014: Sparen mit Verantwortung

Im Plenum haben wir auch den Budgetrahmenplan beschlossen. Er legt für 2011 bis 2014 fest, wie viel Geld die jeweiligen Ministerien in den einzelnen Jahren maximal zur Verfügung haben. Insgesamt sieht der Plan für 2011 Einsparungen auf Bundesebene von rund 1,6 Milliarden Euro vor. Zusätzlich sollen die Länder einen Sparbeitrag von rund 800 Mio. Euro leisten. Das Defizit soll damit von heuer 4,7 auf 4,0 Prozent des Bruttoinlandsproduktes sinken, 2012 sollen es 3,3 Prozent sein und im Jahr 2013 dann 2,7 Prozent. 2011 soll der Bund 1,1 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen.

International abgestimmt: Kampf der kriminellen Geldwäsche

Österreich verstärkt seine Bemühungen gegen die Geldwäsche. So ist "Eigengeldwäsche" künftig ebenso strafbar wie das schon verbotene Weißwaschen von Gewinnen aus Straftaten Dritter. Behörden können Verdachtsfällen künftig nachgehen, ohne sofort ein Strafverfahren einleiten zu müssen. Notare und Rechtsanwälte sind zu erhöhter Aufmerksamkeit angehalten, wenn sie mit Personen aus Terror-Risikoländern zu tun haben. Verschärft werden auch Bestimmungen gegen Geldwäsche am Finanzmarkt und im Glücksspiel (Casinos, elektronische Lotterien, Automaten-Salons).

Ökostrom-Zuschlag suggeriert dem Stromkunden etwas Falsches

In der Debatte über die in Österreich eingehobenen Ökostromzuschläge habe ich darauf aufmerksam gemacht, dass erneuerbare Energieträger nicht als Belastung angesehen werden dürfen. Die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko zeigt, dass es vielmehr die fossilen Energieträger sind, die nicht die wirkliche Kostenwahrheit sprechen. Wir brauchen mehr erneuerbare Energie, um den Klimaschutz zu verbessern sowie um neue Arbeitsplätze und zusätzliche Wertschöpfung zu schaffen.